

desregierung und dem Landesminister des Inneren dankbar dafür,

(Zurufe von den PIRATEN: Oh!)

dass schon seit Langem das Thema „Wirtschaftsspionage“ ein Thema ist. Eben sind die Literaturhinweise gegeben worden wie der Verfassungsschutzbericht. Nicht reden und uns belehren wollen, sondern am besten erst einmal in die Unterlagen schauen und sich sachkundig machen und dann mit uns diskutieren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe von den PIRATEN)

Das Thema „Wirtschaftsspionage“ ist in Nordrhein-Westfalen seit Jahren als Problem erkannt. Wir haben an der Stelle auch im Zusammenhang mit den NSA-Enthüllungen darauf hingewiesen, dass wir unsere Unternehmen diesbezüglich beraten und aufklären. Das ist eine eigenständige Aufgabe auch und gerade des Innenministeriums und der Abteilung für Verfassungsschutz. Das kann man zur Kenntnis nehmen. Dann könnten wir uns über das Ob und Wie unterhalten. Das aber einfach zu ignorieren, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Piraten, ist ein bisschen billig.

Lassen Sie mich darüber hinaus an der Stelle fragen, was Ihr Auftritt sollte, Herr Lamla. Welchen Hintergrund hatte Ihr Auftritt, und was bitte verlangen Sie von wem im Lande Nordrhein-Westfalen konkret?

(Zuruf von Lukas Lamla [PIRATEN] – Weitere Zurufe von den PIRATEN)

Was Sie hier gemacht haben, war nahe an der Selbstverbrennung. Zumindest die heiße Luft, die Sie hier verbreitet haben, war entsprechend, lieber Herr Kollege.

(Beifall von der SPD)

In dem Zusammenhang auch noch eine mit nichts gerechtfertigte persönliche Attacke gegen die Ministerpräsidentin zu reiten, lieber Herr Kollege, war – ich erlaube mir, diesen Ausdruck mit aller Vorsicht zu gebrauchen – lümmelhaft, lieber Herr Kollege Lamla.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von den PIRATEN)

Ich habe eben schon einmal Herbert Wehner zitiert. Ich möchte auch an dieser Stelle den von mir hoch verehrten ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion zitieren: Vor Inbetriebnahme des Kehlkopfs erst den Kopf einschalten, Herr Kollege!

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

(Zuruf von den PIRATEN: Doch, aber wir dürfen ja nicht mehr!)

Wir sind damit am Schluss der Aussprache. Ich schließe die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf: Tagesordnungspunkt

## 2 Hochschulfinanzierung transparent gestalten – Benachteiligung von Hochschulen durch leistungsorientierte Mittelvergabe beenden

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/2281

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses  
für Innovation, Wissenschaft und Forschung  
Drucksache 16/4670

In Verbindung mit:

**Nordrhein-Westfalens Hochschulen brauchen keine Entmündigungs- und Bevormundungspolitik – Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie müssen bestehen bleiben**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/4584

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses  
für Innovation, Wissenschaft und Forschung  
Drucksache 16/4842

In Verbindung mit:

**„Hochschulzukunftsgesetz“ nicht reif für parlamentarische Beratung**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/4825

Der Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/2281 wurde gemäß § 79 (alt) und § 82 (neu) Abs. 2 Ziffer b) der Geschäftsordnung an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung mit der Maßgabe überwiesen, dass eine Aussprache und Abstimmung erst nach Vorlage der Beschlussempfehlung erfolgt. Die Beschlussempfehlung und der Bericht dieses Ausschusses liegen als Drucksache 16/4670 vor.

Auch der Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/4584 wurde gemäß § 79 (alt) und § 82 (neu) Abs. 2 Ziffer b) der Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung mit der Maßgabe überwiesen, dass eine Aussprache und Abstimmung erst nach Vorlage der Beschlussempfehlung erfolgt. Die Beschlussemp-

fehlung und der Bericht dieses Ausschusses liegen als Drucksache 16/4842 vor.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Laschet das Wort.

**Armin Laschet** (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt im Jahr 2014 zwei wichtige Themen für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen. Das eine Thema war gestern die Energiepolitik. Das zweite wichtige Thema ist die Hochschulpolitik. Wie stehen wir im Wettbewerb der anderen Länder da? Wie lassen sich die Erfolge des Rohstoffes Geist auch in Innovationsfähigkeit und in Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen umsetzen?

Deshalb haben wir diese Debatte am heutigen Tag beantragt. Wir fragen uns: Wie kommt es eigentlich, dass ausgerechnet SPD und Grüne im Moment die gesamte Hochschullandschaft gegen sich aufbringen?

(Beifall von der CDU)

Wenn die Frau Ministerpräsidentin bei diesem wichtigen Thema hier wäre, hätte ich sie gefragt: Was hat Ihnen eigentlich Frau Schulze getan, dass Sie sie in ein solches Himmelfahrtskommando hineinschicken?

(Beifall von der CDU)

Was ist der Grund, dass man einer Ministerin zumutet, gegen die Rektoren, die Fachhochschulen, die Universitäten, die Studentenwerke, die ASten, gegen die Hochschulräte, gegen alle, die sich in diesem Lande engagieren, in diesem Moment loszuziehen?

Dann haben wir in das Gesetz geschaut, um einmal zu sehen: Was ist denn die Herausforderung? Warum brauchen wir ein Gesetz? Man schreibt das ja meistens an den Anfang. Da werden Dinge genannt, die wir alle für richtig halten, beispielsweise wie die bundesweit doppelten Abiturjahrgänge und der gleichzeitige Bevölkerungsrückgang in Einklang gebracht werden, dass der Qualifikationsbedarf am Arbeitsmarkt und Studienpräferenzen in Einklang gebracht werden müssen, dass wir mehr Angebote in den Fachhochschulen brauchen, dass wir neue Formate brauchen, wie Berufsbildung und -praxis miteinander in Einklang gebracht werden sollen. – All das ist die Beschreibung dessen, weshalb die Landesregierung das Gesetz machen will.

Dann folgen allerdings 355 Seiten, die in einen Satz münden: „Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass der derzeitige Rechtsrahmen des Hochschulbereichs für einen angemessenen Umgang mit diesen Herausforderungen nicht ausreicht.“ – Meine Damen und Herren, liebe Frau Ministerin, dieser Satz ist keine Beschreibung, das ist

eine plumpe Unverschämtheit gegenüber den Hochschulen, die all das geschafft haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

So fassen die Hochschulen das auch auf, was deutlich wird, wenn Sie mit denen reden. In den Hochschulstädten werden doch im Moment die örtlichen Abgeordneten eingeladen. Die Hochschulen versuchen, im persönlichen Gespräch zu erklären: Wir haben das mit dem riesigen doppelten Abiturjahrgang geschafft. Der Rektor der Fachhochschule in Aachen, Herr Baumann, sagt: Wenn wir nicht die Möglichkeiten gehabt hätten, die uns das Gesetz bietet – das Ministerium mit seinen Beamten aus Düsseldorf hätte das nie gesteuert. Wir vor Ort haben das geschafft. – Das muss man anerkennen und darf nicht mit Häme über diese Leute reden.

(Beifall von der CDU und Marcel Hafke [FDP])

An vielen Hochschulen finden zurzeit Neujahrsempfänge statt. Laut dem Rektor aus Paderborn erklärt die Ministerin: Der Landtag muss im Sinne der Steuerzahler darauf bestehen, dass bei der Verwendung der Steuermittel größtmögliche Transparenz Standard wird. Er sagt: Das ist eine Selbstverständlichkeit, das alles machen wir doch. Und weiter: Wenn man einen solchen Satz und ein solches Gesetz formuliert, dann ist das eine Kampfansage an die Hochschulen. – Sie formulieren Selbstverständlichkeiten und sagen, dass Sie deshalb jetzt wieder die Macht an sich ziehen müssen.

(Karl Schultheis [SPD]: Wo steht der Satz denn? – Zuruf von der CDU: Da müssen Sie mal lesen!)

– Welcher Satz? Das sind die Zitate der Ministerin. Das sind die Begründungen dafür, weshalb sie das Gesetz überhaupt macht.

(Nadja Lüders [SPD]: Nein!)

Die Ministerpräsidentin sagt in ihrer Jahrespressekonferenz: Wir müssen die Zügel wieder anziehen. – Nein, lassen Sie die Finger von den Zügeln. Lassen Sie die Hochschulen die Dinge machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Montesquieu hat einmal gesagt: „Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu erlassen.“ Wir haben im Gesetz die Idee entwickelt, dass evaluiert werden soll, was denn schiefgelaufen ist. Für welchen konkreten Punkt brauchen Sie ein neues Gesetz?

Die Ministerin hat gesagt: Ich weiß gar nicht, was die Professoren verdienen. – Auch das ist eine Unwahrheit. Das trifft Leute wie Frau Gather, wie Frau Nelles, wie Herrn Schmachtenberg, wie Herrn Freimuth, wie die Rektoren der Fachhochschulen. Hoch anerkannte Leute müssen sich nicht von Ihnen sagen lassen, was sie verdienen. Sie haben es offengelegt, und Sie wissen genau, was jeder einzelne

Rektor in diesem Land verdient. Sie wissen es ganz genau.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das geltende Gesetz sagt, Sie haben dem Landtag bis zum Ende des Jahres 2012 zu berichten: Was läuft schief? Wo ist evaluiert worden? Was muss verändert werden? – Bis zum heutigen Tag liegt dem Landtag keine Evaluierung vor. Sie fahren nicht nur Attacken gegen die Hochschulen, Sie missachten auch das Gesetz, Sie missachten den Landtag. Auch das ist nicht akzeptabel. Legen Sie den Bericht vor.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist viel aufgeblasene Rhetorik! – Gegenrufe von der CDU: Oh!)

– Lieber Herr Kollege, ich empfehle Ihnen, einmal mit all den Rektoren, mit den Studentenwerken und den Studierenden zu sprechen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Sigrid Beer [GRÜNE]: Dazu brauchen wir keine Aufforderung! Wir reden mit den Hochschulen!)

Ich habe bisher vermutet, dass das nicht grüne Absicht ist, dass die Grünen eigentlich ein anderes Freiheitsverständnis haben, dass Ihr Fraktionsvorsitzender weiß, was an der RWTH Aachen geleistet wird. Es kann nicht sein, dass die Grünen das teilen, was Frau Schulze hier im Krieg gegen die Hochschulen alles vertritt. Das kann nicht sein.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die Kleinkarietheit der Entwurfs, der 355 Seiten, finden doch selbst die eigenen Parteimitglieder inzwischen peinlich, und nicht nur die, die Rektoren sind. In Bielefeld ist jetzt der bis 2009 langjährig tätig gewesene Dezernent für Planung Controlling und Datenverarbeitung und stellvertretende Kanzler der Universität, Hartmut Krauß, aus der SPD ausgetreten.

(Beifall von der CDU)

Er hat einen Brief an die SPD-Parteivorsitzende geschrieben, in dem er sagt, die Rückabwicklung des Hochschulfreiheitsgesetzes stelle den Zustand wieder her, der dafür gesorgt hat, dass deutsche Hochschulen im internationalen Vergleich hinterherhinken.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Die Pläne von Ministerin Schulze seien für Studierende und Wissenschaftler „demütigend und lähmend“. – Das sagt ein enttäuschter Sozialdemokrat, der ausgetreten ist.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich kann Ihnen sagen, wie man es anders machen kann. Es gab mal die Wissenschaftsministerin – Karl Schultheis, du erinnerst dich – Anke Brunn. Sie hat vor 20 Jahren eine Hochschulreform mit dem Titel „Weniger Staat für die staatlichen Hochschulen“ gemacht. Sie hat sich mit Rektoren, mit Kanzlern zusammengesetzt, sie hatte einen Gesprächskreis mit Studierenden und auswärtigen Experten. Die haben dann entwickelt, wie sich der Staat aus den Hochschulen zurückziehen könnte.

Von 43 staatlichen Regelungsbefugnissen haben sie viele Zustimmungsvorbehalte abgeschafft. Am Ende blieben von 43 nur noch 22 übrig. Also die Tendenz: Weniger Macht dem Ministerium, mehr Macht in den Hochschulen!

Es hat nach meiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden in den letzten Tagen niemand so gedrängt wie die Gruppe der Rektoren, die mich besucht hat: Können wir mit Ihnen reden? Können wir da noch etwas tun?

Sie haben über das Word-Programm ermittelt, wie oft auf den 355 Seiten das Wort „Ministerium“ vorkommt. Im alten Gesetz war das ca. 113-mal der Fall, im neuen Gesetz 156-mal. Das heißt auf Deutsch: 40-mal weitere Rechte für das Ministerium, 40-mal mehr Rechte für Beamte, 40-mal mehr Entmündigung, 40-mal mehr Zentralismus.

(Lachen von Ministerin Svenja Schulze)

Machen Sie es wie Ministerin Brunn: Weniger Staat, nicht mehr Staat!

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Sie glauben ja, Sie würden schwarz-gelbe Gesetze abwickeln. Sie glauben, dass Sie damit Herrn Pinkwart ärgern. In Wirklichkeit fallen Sie mit Ihrem Gesetz hinter die Zeit der Wissenschaftsministerin Kraft zurück. Sie fallen zurück hinter die Zeit von Frau Brunn. Sie gehen 20 Jahre rückwärts mit dem, was Sie jetzt planen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Deshalb trage ich einfach die Bitte vor, die die Rektoren und andere mir vorgetragen haben und die geltende Gesetzeslage ist:

Wenn Handlungsbedarf besteht, der mit dem aktuellen Gesetz nicht zu lösen ist, dann – erstens – benennen Sie ihn. Bringen Sie – zweitens – in den Landtag den Bericht ein, wie es das Gesetz vorseht!

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Wenn dieser Bericht hier ist, machen Sie dann ein neues Gesetz.

Bei uns in den Hochschulstädten stehen alle Wahlkämpfer in den Startlöchern in der Hoffnung: Hoffentlich beschließen die im März dieses Gesetz,

dann werden wir in allen Hochschulstädten riesige Bündnisse für die CDU machen.

(Lachen von Ministerin Svenja Schulze)

Wenn es um das Thema „Hochschulwettbewerb unter den Ländern“ geht, würden wir sagen: Bringen Sie das Gesetz nicht ein! – Dieser Rat schadet zwar unserem Wahlkampf,

(Nadja Lüders [SPD]: Dann nehmen wir das bayerische!)

aber es dient dem Land Nordrhein-Westfalen. Bringen Sie das Gesetz nicht ein! Mir hat einer geraten: Wenn die das nicht einbringen, musst Du den Rücktritt von Frau Schulze fordern.

Ich sage heute zu: Wenn Sie es nicht einbringen, werden wir das alles nicht tun, sondern wir werden mit Ihnen in eine Sachdebatte eintreten, aber keinen Rücktritt fordern.

(Nadja Lüders [SPD]: Das wäre aber das erste Mal mit Ihnen in einer Sachdebatte!)

Es ist wichtiger, dass die Hochschulen jetzt nicht beschädigt werden, statt parteipolitisch Punkte zu machen.

Deshalb: Bringen Sie in den Landtag kein Gesetz ein, bevor nicht evaluiert worden ist! Damit dienen Sie den Hochschulen in diesem Land.

(Anhaltender Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Karl Schultheis.

**Karl Schultheis (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lieber Armin Laschet, dass du jemand bist, der gerne zügellos polemisch diskutiert und debattiert, das wissen wir ja.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Das ist eine Feststellung, die, glaube ich, beweisbar ist.

Aber ich muss schon sagen: Der Vorwurf, hier laufe ein „Krieg“ gegen die Hochschulen, ist eine bodenlose Unverschämtheit und muss meines Erachtens gerügt werden!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Nicht alles, lieber Kollege Armin Laschet, was man sagen kann, darf man sagen. Alles andere ist gerade für den Fraktionsvorsitzenden einer großen Landtagsfraktion unverantwortlich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lebhafter Widerspruch von der CDU)

Ich hatte zunächst gedacht, dass Armin Laschet am Freitag das Grußwort an der RWTH Aachen sprechen würde, um bei der öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung „RWTH transparent“ seine Argumente vortragen zu können. Das heute war sozusagen die Generalprobe. Ich bin gespannt, was daraus werden wird, lieber Armin Laschet.

(Unruhe und Zurufe von der CDU – Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

– Kümmern Sie sich um Ihre Goldfische, lieber Kollege Hegemann!

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Zum Stand des Verfahrens: Den Landtag hat noch gar kein Gesetzentwurf erreicht. In fast jeder Sitzung haben wir Anträge zum Thema „Weiterentwicklung der Hochschulgesetzgebung“. Wir alle wissen, dass der Gesetzentwurf das Haus im Frühjahr erreichen wird. Wir werden Anhörungen durchführen, wiewohl ich vernommen habe, dass nach dem Antrag der CDU beabsichtigt ist, sich an der weiteren Debatte gar nicht zu beteiligen. Insofern waren die Ausführungen von Armin Laschet an der Stelle schon etwas erhellender.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Ihnen fällt ja offenbar gar nichts ein!)

die Hochschulgesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland ist sehr unterschiedlich.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das ist wahr!)

– Ja, in den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg gibt es all die gesetzlichen Bestimmungen, all die Mitwirkungsrechte der Landesregierungen, die es hier zurzeit nicht gibt und auch mit dem neuen Hochschulzukunftsgesetz nicht geben wird. Lesen Sie die Texte! Lesen Sie genau, was dort steht.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie werden doch nicht behaupten können, dass die Länder Bayern und Baden-Württemberg – gerade die süddeutschen Länder, die in der Wissenschafts-, Forschungs- und Hochschulpolitik erfolgreich sind – schlechter dastehen, weil sie diese staatlichen Eingriffsmöglichkeiten haben, die wir in Nordrhein-Westfalen gar nicht wollen.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Warum macht ihr dann das Gesetz?)

Es ist absoluter Unfug, absolute Polemik, die hier gefahren wird.

Lieber Kollege Laschet, Hochschule sind nicht nur die Rektoren. Wenn man die Stellungnahmen liest – lesen Sie die Stellungnahmen gerade auch der Beschäftigten an den Hochschulen! –,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Dann tun Sie es doch einmal!)

erfährt man: Es geht um gute Arbeit. Es geht um die Verhinderung prekärer Beschäftigung. Es geht darum, das Studium studierbarer zu machen. Es geht um das Teilzeitstudium. All das steht in diesem Gesetzentwurf beziehungsweise in dem Referententwurf.

(Beifall von der SPD)

Lesen Sie genau, was dort steht. Dann können wir auch über Kritik diskutieren. Wenn man die Stellungnahmen textlich analysiert, gerade auch die der Hochschulrektoren und der Hochschulräte, stellt man fest, dass sie im Allgemeinen bleiben. Da wird Stimmung wiedergegeben, aber es wird keine am Text orientierte Kritik geäußert.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Da wird zum Beispiel vom Rektor der Universität zu Köln kritisiert, dass Fakultäten das Promotionsrecht aberkannt werden soll. – Das ist ein Vorschlag dieses Rektors selbst, den er hier bei einer Anhörung gemacht hat. Das kann er doch nicht der Ministerin vorwerfen.

(Beifall von der SPD)

Im Übrigen: Wenn man die 355 Seiten genau daraufhin durchliest, wie viel an diesem Text im Vergleich zum geltenden Gesetz geändert wird, erkennt man, dass das sehr wenig ist.

(Armin Laschet [CDU]: Dann lassen Sie es doch!)

Diese 355 Seiten enthalten im Wesentlichen das Gesetz, das unter Schwarz-Gelb hier beschlossen worden ist. Das war auch so umfangreich. Hier den Eindruck zu erwecken, mit diesem Gesetz – und dann auch noch im Umfang von 355 Seiten – würde alles reguliert werden, ist absoluter Unfug. Im Wesentlichen bleibt das Gesetz so, wie es ist.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Dann lassen Sie es doch sein! – Weitere Zurufe von der CDU)

So ist das. Das Gesetz bleibt so.

Noch einmal: Kritik muss konkret sein. Sie kann nicht im Allgemeinen bleiben.

(Armin Laschet [CDU]: Lassen Sie doch unsere Hochschulen in Ruhe! – Weitere Zurufe von der CDU)

Zu den hier auch angesprochenen Transparenzregeln: In allen Gesetzesvorhaben, die wir hier durchbringen, ob sie die Sparkassen oder die öffentliche Verwaltung betreffen, sind wir gehalten, Transparenzregelungen zu schaffen. Das ist einer der Hauptdiskussionpunkte, auch zwischen Regierungen, Landtagen und öffentlicher Verwaltung. Da können wir den Hochschulbereich doch nicht ausschließen.

(Beifall von der SPD – Armin Laschet [CDU]: Der ist doch gar nicht ausgeschlossen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das geht doch nicht.

Ein Beispiel ist auch die Drittmittelforschung – ein Thema, über das in Aachen diskutiert wird. Wer § 71a – da ist das nämlich geregelt – liest, weiß, dass die Hochschulen aufgefordert sind, in geeigneter Weise für eine Veröffentlichung der Drittmittelvorhaben zu sorgen.

(Armin Laschet [CDU]: Das tun sie doch!)

– Das tun sie nicht.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das sind doch keine Geheimniskrämer an den Universitäten!)

Dann ist gleichzeitig in dem Gesetzentwurf zu lesen...

(Zurufe von der CDU)

Ich will nur mal klarmachen, was man feststellen kann, wenn man das genau liest. Da wird auf das Informationsfreiheitsgesetz rekurriert. Die Bestimmungen gelten natürlich. Da geht es um persönliche Daten; da geht es auch um Betriebsgeheimnisse, die geschützt sind.

(Armin Laschet [CDU]: Pures Misstrauen gegenüber den Hochschulen!)

Hier einfach einen Popanz aufzubauen ist eine Unverschämtheit und dient nicht der Weiterentwicklung unserer Hochschulgesetzgebung.

(Beifall von der SPD – Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie entwickeln sich zum Janukowitsch hier! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Also, das finde ich ... ach Gott.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Sieveke von der CDU-Fraktion zulassen?

**Karl Schultheis (SPD):** Selbstverständlich.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Bitte schön, Herr Kollege.

**Daniel Sieveke (CDU):** Herr Schultheis, danke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich wollte nur nachfragen, ob ich Sie richtig verstanden habe, dass Sie gerade die Kritik der Hochschulräte, der Rektoren, der ASten und der Studentenwerke – also das, was diese vorgetragen haben – als „Popanz“ bezeichnet haben? Denn Sie haben gesagt, hier wird ein Popanz aufgebaut.

(Zurufe von der SPD)

– Nein, ich habe nur gefragt. Herr Laschet hat das vorgetragen, was die Hochschulräte, die Rektoren, die ASten und die Studentenwerke jetzt in der Öffentlichkeit mitgeteilt haben – auf Neujahrsempfängen und in diversen Schreiben –, und Sie bezeichnen das als „Popanz“. Habe ich das richtig verstanden?

**Karl Schultheis** (SPD): Nein, ich habe die Ausführungen von Herrn Laschet als „Popanz“ beschrieben, lieber Kollege.

(Beifall von der SPD)

Selbstverständlich führen nicht nur Armin Laschet oder Sie oder einzelne Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition Gespräche mit den Hochschulräten, mit den Studierenden, mit den Verwaltungsräten der Studentenwerke und mit den Personalräten. Das tun wir natürlich auch.

(Zurufe von der CDU)

Ich kann Ihnen sagen: Die öffentlichen Äußerungen derjenigen unterscheiden sich sehr stark von denen im sachlichen Gespräch.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Sie sind doch nicht schizopren! – Armin Laschet [CDU]: Sie sagen die Unwahrheit, oder was? – Weitere Zurufe von der CDU)

– Sie haben doch nicht an den Gesprächen teilgenommen, die ich geführt habe.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Nein. Die Gespräche sind sachlich. Kritik kommt natürlich auch.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Zu Recht!)

Wir wollen diese Hochschulgesetzgebung auf den Weg bringen. Ich bin wirklich zuversichtlich, dass wir hier ein Einverständnis mit den Beteiligten in den Hochschulen erreichen werden, was die wichtigen Bereiche angeht.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Dann lasst das, dann haben wir Einverständnis!)

Es geht um die öffentliche Verantwortung des Landes, auch in finanzieller Hinsicht: 30%ige Steigerung der Haushaltsmittel in den letzten Jahren unter dieser Regierung – 30 %, lieber Kollege Laschet. Es geht um gute Arbeit und die Abschaffung der prekären Beschäftigung. Es geht um Mitbestimmung und Demokratie. Das ist auch ein Teil der Wissenschaftsfreiheit, ist eine ganz wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Wissenschaft freiheitlich arbeiten kann. Und es geht auch darum, dass Studierende erfolgreich studieren können. Das sind ganz wichtige Eckpunkte dieses Referentenentwurfs.

(Beifall von der SPD)

Das können Sie nicht ignorieren. Das ist unsere Aufgabe, und diese Aufgabe werden wir erledigen, auch indem wir über den Referentenentwurf hier sachgemäß diskutieren. Es wird dann sicherlich auch Änderungen geben; das gehört zu jedem Gesetzgebungsverfahren. Es geht aber nicht um das Ob, sondern um das Wie. Über das Wie werden wir gemeinsam mit allen Beteiligten diskutieren.

Ich sage es noch einmal: Wir werden gute Ergebnisse erzielen. Das werden Sie nicht durch eine Hervorhebung im Vokabular, mit dem Sie das hier vorgetragen haben, ins Negative verzerren können, lieber Kollege Laschet.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das ist negativ!)

Ich bin da zuversichtlich. Da sind mehr Leute unterwegs, die einsehen,

(Zurufe von der CDU)

dass wir gemeinsam eine vernünftige Hochschulgesetzgebung in NRW auf den Weg bringen und dass das Hochschulgesetz NRW nach wie vor – schauen Sie sich die Gesetze aller anderen Länder an – das freiheitlichste ist, dasjenige, das die Autonomie in den Mittelpunkt stellt, bleiben wird. Das ist auch nach diesem Gesetzgebungsverfahren so. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Dr. Seidl.

**Dr. Ruth Seidl** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU! Lieber Herr Laschet, wenn Sie heute verbal und politisch aufrüsten, dann geben Sie mir bitte die Gelegenheit, Ihnen einige Überschriften aus der nordrhein-westfälischen Presse aus dem Jahr 2006 in Erinnerung zu rufen, denn auch das gehört zur Wahrheit.

In der „taz“

(Heiterkeit von der CDU und der FDP)

vom 22. April 2006 heißt es:

„Hochschulumbau heftig in der Kritik. Das Wissenschaftsministerium wird mit Stellungnahmen zum geplanten Hochschulfreiheitsgesetz überhäuft.“

Die „Westdeutsche Allgemeine“ vom 27. April 2006 titelt:

„Hochschulen gegen Freiheitsgesetz. Mehr Gängelung statt Autonomie!“

„NRW Wissenschaftsminister weist die breite Kritik an dem Hochschulfreiheitsgesetz zurück“,

steht in der „WAZ“ vom 28. April 2006.

Ich zitiere weiter:

„Senate der Unis lehnen wesentliche Teile des geplanten Hochschulfreiheitsgesetzes ab, vor allem die Einführung eines Hochschulrats“,

„Aachener Nachrichten“ vom 21. April 2006.

„Heißt die Bochumer Ruhr-Universität demnächst Ruhrgas University?“,

fragt die „WAZ“ vom 10. Februar 2006 provokativ bezogen auf das neue NRW-Hochschulgesetz.

(Zurufe von der CDU)

Und zum Schluss, Herr Laschet, die „Aachener Nachrichten“ vom 21. April 2006 – hören Sie gut zu! –:

„Doch nun sagt die breite Mehrheit der 37 nordrhein-westfälischen Hochschulen: So nicht!“

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

– Das habe ich einfach mal recherchiert.

Sie werden es gemerkt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen: Diese Schlagzeilen stammen nicht aus dem Jahr 2013, sondern aus dem Jahr 2006. Und es handelt sich dabei auch nicht um den aktuellen Referentenentwurf, sondern um das sogenannte Hochschulfreiheitsgesetz des damaligen Wissenschaftsministers Pinkwart. Ich war dabei!

(Zurufe von der CDU)

Ich weiß nicht, wie Sie Vergangenheitsbewältigung betreiben. Zumindest ich erinnere mich an Massendemonstrationen des Hochschulpersonals in Aachen, in Köln, in Bonn, an allen großen Hochschulstandorten und an den sogenannten Bildungstreik der Studierenden. Es gehört also ein außerordentliches Maß an Geschichtsverdrängung dazu, wenn Sie diese Tatsachen heute einfach ausblenden, Herr Laschet.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie können gerne eine Schlammschlacht haben, wenn Sie das möchten; Wurfmaterial gibt es aus Ihrer Regierungszeit mehr als genug.

Ich möchte Ihnen aber an dieser Stelle lieber die sachliche Variante anbieten und Ihnen an drei Punkten darstellen, warum wir im Jahr 2013 eine Novellierung des Hochschulgesetzes von 2006 für notwendig und richtig halten.

Erstens. Das von Ihnen 2006 auf den Weg gebrachte Hochschulfreiheitsgesetz ist nach der jüngsten Rechtsprechung in entscheidenden Fragen verfassungswidrig.

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Ich weiß ja nicht, ob Sie mal die Anhörungsunterlagen gelesen haben. Das betrifft sowohl die Fülle der Entscheidungskompetenzen des Hochschulrates

als auch Defizite bei der hochschulinternen Willensbildung.

Deshalb ist es schon aus rechtlichen Gründen geboten, dass Pinkwart'sche Steuerungsmodell von Hochschulrat, Leitungsebene und Senat, das sehr weit über das Ziel hinausgeschossen ist – das war das weitestgehende Modell in der ganzen Bundesrepublik, ist aber auch das Modell, das am weitestgehenden korrigiert werden muss –, auf eine saubere Grundlage zu stellen.

(Zurufe von der CDU)

Das wissen alle Hochschulräte und die Hochschulpolitiker in diesem Raum auch.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Das ist eine Behauptung von Ihnen!)

Es gibt Nachsteuerungsbedarf bei der Rektorwahl und bei der Rückführung von Entscheidungskompetenzen auf den Senat. Hier muss das letzte Wort bei der Hochschule liegen und nicht beim Hochschulrat. Diese nicht unwesentlichen Korrekturen zur Stärkung der Kollegialorgane und nicht zuletzt zur Sicherung der Wissenschaftsfreiheit sieht der aktuelle Referentenentwurf vor.

Zweitens. Durch die Verselbstständigung der Hochschulen ergibt sich logischerweise auch eine erhöhte Notwendigkeit zu einer übergreifenden Landesplanung. Wir reden heute von 37 Hochschulen, die öffentlich-rechtlich sind, aber wir haben insgesamt sogar 71, die wir mit in den Blick nehmen müssen, wo ja auch private dazugehören, die von uns staatlich anerkannt sind. Das wurde in der letzten Anhörung zu diesem Thema von Prof. Löwer, den Sie ja sehr gut kennen, deutlich gemacht, der das Fehlen eines Hochschulentwicklungsplans monierte und ihn ausdrücklich einforderte,

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Dr. Stefan Berger [CDU]: Der ist Ihr Kronzeuge?)

nicht zuletzt, um die Fächervielfalt, auch die sogenannten kleinen Fächer, in Nordrhein-Westfalen zu sichern. – Das war der zweite Punkt.

Ich frage mich an dieser Stelle, welches parlamentarische Selbstverständnis Sie haben, wenn Sie als Gesetzgeber nicht einmal über die strategischen Ziele und Eckpunkte dieser größten Hochschullandschaft diskutieren wollen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das hat doch überhaupt nichts mit Detailsteuerung und Gängelung zu tun, nicht im Entferntesten. Ganz im Gegenteil: Wir haben eine exzellente Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen,

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Warum denn wohl?)

die wir in ihrer Profilierung stärken wollen. Und es stände diesem Parlament gut an, wenn wir darüber häufiger diskutieren würden.

Drittens. Die Einführung einer zeitgemäßen Mitbestimmung in den Hochschulgremien ist längst überfällig. Nur Deutschland kennt so etwas wie das Hochschulurteil, mit dem seit den 70er-Jahren die Professorenmehrheit quasi in Beton gegossen wurde. Herr Laschet, Sie haben ja sicher von Aachen aus einmal den Blick nach Maastricht geworfen. Das ist ja nicht so weit weg. Im niederländischen Hochschulsystem gehört es zum Tagesgeschäft, die Studierenden in den Gremien, auf allen Ebenen zu 50 % zu beteiligen und mitentscheiden zu lassen.

(Beifall von Dr. Joachim Paul [PIRATEN] –  
Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wenn das neue Hochschulgesetz den Hochschulen Möglichkeiten gibt, neue Formen der Partizipation zu erproben, dann finde ich, dass es keinen besseren Experimentierraum als unsere Hochschulen gibt, die ja schließlich Orte des Diskurses und Keimzellen für gesellschaftliche, technische und soziale Innovationen sind.

Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: Wenn Sie sich die Historie Ihrer Gesetzgebung im Hochschulbereich ansehen, täten Sie gut daran, sich endlich einmal auf die Sachdiskussion einzulassen und Ihre Verschwörungstheorien zurückzunehmen. Natürlich ist das im Wahlkampf ganz praktisch – das kann ich verstehen –, aber wir sollten zur Sache zurückkehren.

Wir befinden uns, was das Gesetzgebungsverfahren angeht, gerade einmal im Stadium des Referentenentwurfs. Derzeit werden die Stellungnahmen der Hochschulen und Verbände ausgewertet. Es liegt also nicht einmal ein Regierungsentwurf vor, der durch das Kabinett gegangen ist, auf den Sie sich heute beziehen könnten. Also brauchen wir an der Stelle auch nichts zurückzuziehen. Und deshalb gibt es hier logischerweise auch nichts, was wir als Parlament zurückziehen könnten.

Alle Beteiligten sind derzeit gut beraten, im Interesse der Sache miteinander ins Gespräch zu kommen. Wenn Sie sich in Ihrem Antrag wünschen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, man möge den Wissenschafts- und Hochschulstandort Nordrhein-Westfalen nicht nachhaltig schädigen, dann wären Sie als erster an der Reihe, dies zu beherzigen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Freimuth.

**Angela Freimuth (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Schultheis, ich habe das Papier gelesen – genau wie die vielen Beteiligten an den Hochschulen. Ich finde es eine Unverschämtheit, dass Sie uns alle miteinander für dumm verkaufen wollen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie können doch nicht allen Ernstes völlig ausblenden, dass die Hochschulen – in seltener Einigkeit Studierendenvertreter, Studentenwerke, Wirtschaft – Protestnoten ohne Ende

(Nadja Lüders [SPD]: Eben nicht!)

in großer Detailschärfe vorlegen und gegen diesen Referentenentwurf protestieren. Über 800 Wissenschaftler fordern auf, diesen Entwurf im Interesse der Leistungsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen zurückzuziehen.

(Beifall von der FDP)

Forschung und Industrie weisen darauf hin, dass der Verlust von Arbeitsplätzen droht und Forschungsgelder abgezogen werden könnten. Etwa der AStA der Universität Duisburg-Essen bezeichnet Ihr Vorhaben als ein Entmündigungspapier. Die Liste ist ellenlang und geht in Detailtiefen, die ich in der heutigen Debatte bislang auch von denen, die sie anmahnen, nicht gehört habe und für die heute Morgen wohl auch leider keine Zeit bleibt.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Aber die Reaktion der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen ist einfach – frei nach den Pinguinen von Madagaskar –: Lächeln, liebe Freunde, einfach lächeln!

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und der CDU)

Inhaltslose Beschwichtigungen! Der vormals propagierte ergebnisoffene Dialog wird hier wirklich nur noch als Einlullen enttarnt.

Die Absicht ist offen und bringt die Erkenntnis: Es geht hier ausschließlich um Diktat, um Eingriffsoptionen, um Eingriffe in die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre.

(Beifall von der FDP und der CDU – Widerspruch von der SPD)

Lassen Sie mich an der Stelle den Punkt aufgreifen – denn gerade ist darum gebeten worden, konkret zu werden –, die Hochschulen bräuchten eine Landesplanung. Das jetzige Gesetz gibt reichlich Möglichkeiten, die Interessen des Landes einzubringen. Ich habe bisher nicht erlebt, dass diese Landesregierung auch nur ein einziges Instrument des bestehenden Hochschulfreiheitsgesetzes dafür genutzt hätte.

(Beifall von der FDP und der CDU)



Zu dem genannten Beispiel, es würden Berufsschullehrer fehlen, empfehle ich das von Ihnen selber propagierte Mittel des Dialogs. Rufen Sie doch einfach mal Prof. Schmachtenberg von der RWTH Aachen an und beschnacken mit ihm, wie man die augenblickliche Auslastungskapazität der Studienplätze für Berufsschullehrer in Höhe von 49 % steigern kann.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Das wäre vielleicht mal eine gemeinsame Maßnahme – auf Augenhöhe – von Hochschule und Land. Das gibt es in anderen Bereichen ja auch. Aber mit der Augenhöhe scheint das bei Ihnen ohnehin so eine Sache zu sein.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Jedenfalls ist ein Interesse daran nicht erkennbar.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Lesen Sie einfach mal das geltende Gesetz, wenn wir schon beim Thema „Lesen“ sind, und nutzen Sie die darin vorgesehenen Instrumente!

(Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unter dem Hochschulfreiheitsgesetz konnten sich die Hochschulen erfolgreich entwickeln: Steigerung der Drittmittel von 2006 bis 2011 um mehr als 50 %, Erhöhung der Absolventenquote, Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs, Verbesserung der Studienbedingungen und Exzellenz im Wettbewerb.

(Nadja Lüders [SPD]: Genau!)

Der gesunde Menschenverstand würde also sagen: Die Hochschulen brauchen keine Bevormundung, was gelehrt werden soll, wie geprüft werden soll oder worüber geforscht werden soll. Sie brauchen keine juristisch fragwürdigen Rahmenvorgaben für Personal-, Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten.

Die Krone Ihrer zerstörerischen Ignoranz – um einen Begriff des Rektors der Universität zu Köln, Prof. Freimuth, aufzugreifen – ist, die Finanzierung der Hochschulen unmittelbar an politische Steuerungselemente zu koppeln, nach dem Motto: Wer nicht spurt, wird ausgehungert oder dem wird das Promotionsrecht entzogen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ehemalige SPD-Mitglied Hartmut Krauß, der ehemalige Stellvertreter des Kanzlers der Universität Bielefeld, darf zitiert werden – und das tue ich hier –:

Die geplanten Sanktionierungsmaßnahmen für den Fall des Ungehorsams einer Hochschule haben verblüffende Ähnlichkeit mit Strukturelementen des realen Sozialismus der ehemaligen DDR.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, anstatt die Rahmenbedingungen für gute Arbeit sowohl der Beschäftigten als auch der Studierenden zu verbessern, will Frau Ministerin demnächst ministerielle Quoten für leistungsunabhängige Studienabschlüsse vorgeben und darüber entscheiden, welche Inhalte und Prüfungen für Studienabschlüsse zukünftig ausreichen. – Das ist doch absurd!

Alle hilflosen Rechtfertigungsversuche sollen doch nur verschleiern, dass sich eine Politik nach Kasenslage mit sich leider bereits verschlechternden Rahmenbedingungen fürs Studium nicht in Absolventenquoten niederschlägt.

(Nadja Lüders [SPD]: Was?)

Das „Hochschulbevormundungsgesetz“ soll einen Prozess der Mittelkürzung einleiten. Denn wie sonst ließe sich die Rechtfertigung des Gesetzesvorhabens mit der Schuldenbremse 2020 durch die Ministerin erklären?

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD: Wo haben Sie das gelesen?)

Damit herrscht Transparenz über Ihre wahren Absichten.

Die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre ist essenziell. Schade, dass Sie das noch nicht durchdrungen haben. Unsere Hochschulen sind Labore der Zukunft. Sie dürfen nicht zum ideologischen Spielball von Rot-Grün oder zum finanzpolitischen Steinbruch des Landes werden.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das werden sie aber gerade! – Zurufe von der SPD)

Sonst hätten wir aus unserer Vergangenheit nichts, aber auch rein gar nichts gelernt.

Lassen Sie mich mit einem weiteren Zitat des ehemaligen stellvertretenden Kanzlers der Universität Bielefeld schließen:

Der Gesetzentwurf ist so fürchterlich dumm, für die Wissenschaft so wenig förderlich und für ambitionierte Studierende und Wissenschaftler so wenig inspirierend, dafür demotivierend und lähmend.

(Widerspruch von der SPD)

Da ich gerade von Frau Dr. Seidl gelernt habe, dass Sie im Verfahren noch gar nicht so weit sind, etwas zurückziehen zu können, sage ich einfach: Verwerfen Sie den Entwurf! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Dr. Paul.

**Dr. Joachim Paul** (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! „Hochschulermündigungsgesetz“, „Hochschulermündigungsgesetz“, „Hochschulermündigungsgesetz“! Liebe Kollegen von der FDP, die Platte hat einen Sprung. Das erinnert mich an meinen alten Plattenspieler, wenn die Zappa-Platte mal wieder hakte – nur hatte der eindeutig die besseren Texte.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zurufe von CDU und FDP: Och!)

Wieder einmal dürfen wir beobachten, dass Ihnen nichts, aber auch gar nichts einfällt, um die NRW-Hochschulen und deren Mitglieder wirklich zu stärken. Auch die ständige Wiederholung macht es nicht besser: Getretener Quark wird breit, nicht stark!

Das gilt auch für den Unionsantrag. Ich weiß ehrlich nicht, ob man diese Form der Rhetorik im RCDS oder bei der Jungen Union gelernt hat.

(Heiterkeit von der SPD)

Aber er ist keinen Deut besser, als in K-Gruppen-Manier dogmatische Ideologie zu verspritzen.

(Beifall von den PIRATEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Das ist nicht sachgerecht und der Debatte um unsere Hochschulen in Nordrhein-Westfalen wirklich unwürdig.

Die Anträge von FDP und CDU reihen sich ein in die Reihe der Anträge, die keinen weiterbringen, weil sie Konflikte befeuern.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Und das schadet unserem Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen gewaltig.

Eigentlich muss man gar nicht wie eben den Herrn Goethe bemühen, mein Kollege Frank Herrmann von gestern tut es auch.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn ...

**Dr. Joachim Paul** (PIRATEN): Ist das ein Antrag, oder kann das weg? – Das kann weg, meine Damen und Herren.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Prof. Dr. Sternberg zulassen?

**Dr. Joachim Paul** (PIRATEN): Aber gern.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Bitte schön.

**Prof. Dr. Thomas Sternberg** (CDU): Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage genehmigen, Herr Dr. Paul. – Sie sprachen gerade vom „Hochschulermündigungsgesetz“. Wenn ich die Kollegin Freimuth richtig verstanden habe, hat sie vom „Hochschulbevormundungsgesetz“ gesprochen.

Ist es richtig, dass der Ausdruck „Hochschulermündigungsgesetz“ in einem Schreiben des Bonner Juristen Prof. Löwer vorkommt, das mittlerweile von mehr als 800 Hochschullehrern in Nordrhein-Westfalen an die Ministerin gerichtet worden ist? Wenn ich richtig informiert bin, steht da der Ausdruck „Hochschulermündigungsgesetz“ drin. Das ist also keine Erfindung von irgendwelchen Oppositionsparteien. Meine Frage: Ist Ihnen bekannt, dass über 800 Hochschullehrer diesen Ausdruck gebrauchen?

(Beifall von der CDU und Dr. Joachim Stamp [FDP])

**Dr. Joachim Paul** (PIRATEN): Selbstverständlich wissen wir das. Aber 800 Hochschullehrer sind nicht alle Hochschullehrer, Herr Sternberg.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Wenn Sie uns Piraten immer wieder das Credo „Mehr Staat“ vorwerfen, sind Sie absolut schief gewickelt.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Es hilft nicht, Herr Laschet, die große Pyramide mit dem Ministerium an der Spitze durch viele kleine Pyramiden zu ersetzen, die in einem Meer des Wettbewerbs schwimmen. Das bringt nichts. „Netzwerkmanagement“ ist das Zauberwort mit Blick auf die Hochschulen.

Ihre eindimensionale Betrachtung der Dinge teilen wir nicht. Wir sehen die Dinge schon aus mehreren Blickwinkeln; denn die Stimmen der Hochschulen umfassen weit mehr als die Stimmen der Hochschulleitungen.

(Armin Laschet [CDU]: ASten, Studentenwerke usw.!)

Man kann den Eindruck gewinnen, dass Sie die Hochschulleitungen immer pars pro toto nehmen.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich weiß, das ist durchaus eine Horizontfrage ist; ich stimme Ihnen da zu. Für die Piraten stehen in erster Linie die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und deren Teams im Mittelpunkt. Ja, auch die Studierenden sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und nicht – wie heute oftmals erlebt – nur lästige Pflicht im Streben nach Drittmitteln und im

Ellbogenwettbewerb der Hochschulen untereinander.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Boah! Oh, oh, oh!)

Aber nun zum eigentlich Problem mit dem Referentenentwurf. Auch uns ist dieser erste Entwurf definitiv zu kurz gesprungen. Wir kritisieren, dass wirkliche Autonomie der Wissenschaft mit einem Hochschulrat, der immer noch zu viele Befugnisse hat, nicht erreicht werden kann.

(Beifall von den PIRATEN)

Das haben wir hier schon beantragt. Aber SPD und Grüne wollen die Ausrichtung des Hochschulgesetzes in Richtung einer wirklichen Wissenschaftsautonomie offensichtlich nicht mittragen.

Unser Antrag und die Anhörung zum Beratungsgegenstand der Globalhaushalte und der leistungsorientierten Mittelvergabe haben eindeutig belegbar gezeigt, dass Globalhaushalte Mängelverwaltungsinstrumente sind bzw. geradezu dazu einladen. Der hier jährlich vorgelegte Haushalt für die Hochschulen ist ein Spiegelbild dieser Intransparenz.

In Ihrem Referentenentwurf wollen Sie das zaghafte ändern. Aber auch hierbei verweigern Sie sich nach unserer Auffassung, das Problem wirklich an der Wurzel zu packen.

Des Weiteren fehlen im Referentenentwurf gänzlich Bestrebungen, Open Access im Hochschulgesetz zu verankern, also die Veröffentlichungen von Forschungsergebnissen im Sinne der immer wieder bemühten Informations- und Wissensgesellschaft. Also: Wir machen das jetzt mal mit der Informations- und Wissensgesellschaft – nur eben ohne Informationen und ohne Wissen. Man könnte ja die NSA zum Public Access befragen. Ich bin sicher, die bekommen das aus dem Stand hin.

(Heiterkeit und Beifall von den PIRATEN)

Von „Hochschulzukunft“ kann folglich nicht geredet werden. Es handelt sich nach unserer Auffassung vielmehr um ein Hochschule-weiter-so-Gesetz in der leidigen Tradition des New Public Management und der Poesie aus Gütersloh.

(Lachen von Britta Altenkamp [SPD])

Wenn das Ihre Auffassung von Hochschulzukunft ist, dann kann einem nur angst und bange werden. Denn mit moderner Bildungspolitik, geschweige denn mit modernem Management von hochsensiblen Prozessen mit offenem Ausgang an den Rändern unseres Wissens – nichts anderes ist Wissenschaft – hat das nicht das Geringste zu tun. Wir hatten nach der langen Vorbereitungszeit für den Referentenentwurf doch ein wenig mehr erwartet. Schade! – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schulze.

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben vor Weihnachten in diesem Parlament mit dem Haushalt 2014 ein ganz klares Signal gesetzt. Wir haben ein Rekordbudget für Wissenschaft und Forschung beschlossen. Wir haben fast 6 Milliarden € für die Hochschulen zur Verfügung gestellt. Das ist so viel Geld wie nie zuvor in der Geschichte dieses Landes. Das sind übrigens 30 % mehr als 2010, als wir die Regierung übernommen haben.

(Beifall von der SPD und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Wir stehen also sehr gut da – auch im Vergleich der Länder.

(Ralf Witzel [FDP]: Warum brauchen wir ein neues Gesetz, wenn wir so gut dastehen? – Zuruf von der CDU: Ja, warum denn?)

Ich empfehle, sich mal die gerade erschienenen Basisdaten vom Wissenschaftsrat anzusehen. Dieser macht sehr deutlich, dass Nordrhein-Westfalen mit seinem Anteil für Wissenschaft und Forschung an den öffentlichen Ausgaben an der Spitze der Bundesländer liegt – übrigens vor Baden-Württemberg und vor Bayern. Das ist eine enorme Leistung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in unserem Land.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Aber ja, Herr Laschet, es gibt zentrale Unterschiede zwischen CDU/FDP und SPD/Grüne. Sie haben auf die unternehmerische Hochschule gesetzt. Sie haben die Hochschulen in einen Wettbewerb geschickt, von dem heute Leiter von Hochschulen sagen, damit sei eine Kannibalisierung auf den Weg gebracht worden.

(Armin Laschet [CDU]: Wer sagt das? – Weitere Zurufe)

– Das können Sie nachlesen. Ich kann Ihnen auch gerne noch mal das Zitat bringen.

(Armin Laschet [CDU]: Sagen Sie es mir mal! Wer sagt das? – Weitere Zurufe)

Sie haben gnadenlos auf Markt gesetzt. Sie haben die Studiengebühren nach vorne gebracht, statt die Hochschulen zu unterstützen.

(Armin Laschet [CDU]: Wer sagt das? – Weitere Zurufe)

– Herr Laschet, es gab damals zwölf schwarz-gelbe Landesregierungen. Keine von denen hat das Gesetz kopiert. Keine!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, es gibt einen fundamentalen Unterschied: Für uns ist Bildung eine öffentliche Aufgabe und keine Privatsache, die vom Geldbeutel derjenigen abhängt, die an Bildung partizipieren sollen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Für uns ist Bildung kein normaler Markt. Es ist uns nicht egal, ob wir genug Ingenieurinnen und Ingenieure in einem Industrieland wie Nordrhein-Westfalen haben. Wir wollen uns darum kümmern, denn wir brauchen sie.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und es ist uns auch nicht egal, ob wir genug Berufsschullehrer haben. Das gesamte System der dualen Ausbildung hängt daran, dass es uns gelingt, Berufsschullehrerinnen und -lehrer in diesem Land zu gewinnen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sich einfach zurückzulehnen und zu sagen: „Wenn das keiner studiert, dann ist es halt so“, das ist nicht die Haltung der SPD und nicht die Haltung der Grünen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Hafke zulassen?

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Nein. Ich würde das jetzt gerne ausführen. Danach gerne.

Meine Damen und Herren, uns ist es nicht egal, wenn fast die Hälfte der Studierenden in technischen Fächern ihr Studium abbricht. Denn wir brauchen diese jungen Leute. Wir brauchen sie für die Forschung, wir brauchen sie für die Bildung. Wir wollen uns darum kümmern, dass in Nordrhein-Westfalen ein erfolgreiches Studium möglich ist.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Würden Sie jetzt eine Zwischenfrage des Kollegen Hafke zulassen?

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Ja, gerne.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Bitte schön, Herr Kollege.

**Marcel Hafke (FDP):** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Sie haben gerade davon gesprochen, dass zu wenige Studierende Berufsschullehrer werden wollen. Sie haben aber keinen Vorschlag gemacht, wie

sich das ändern soll. Mich würde interessieren, ob Sie jetzt Studierende verpflichten wollen, dieses Studium aufzunehmen, damit die Quoten erfüllt werden. Oder was ist Ihr Vorschlag, das tatsächlich umzusetzen?

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben keinen Vorschlag gemacht.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Wir sind davon überzeugt, dass Hochschulen auch einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag haben.

(Zurufe von der CDU)

– Wollen Sie die Antwort nun hören oder nicht?

(Armin Laschet [CDU]: Die machen das schon! Schimpfen Sie doch nicht über die Leute! – Weitere Zurufe)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Die Hochschulen haben einen gesellschaftlichen Auftrag. Wenn 37 Hochschulen ihr Profil entwickeln, ist es nicht so, dass am Ende des Tages das Landesinteresse steht. Natürlich haben wir als Land dann einen Auftrag, uns darum zu kümmern, dass der Beruf des Berufsschullehrers attraktiver wird und dass dies für Studierende sichtbar wird, damit wir wieder Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer bekommen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich hat das Land diesen Auftrag. Und diesen Auftrag werden wir ernst nehmen.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Ministerin, es liegt eine weitere Frage vor, dieses Mal von Frau Abgeordneter Freimuth.

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Darf ich die erste Frage erst zu Ende beantworten?

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Entschuldigung!

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Dann beantworte ich direkt die nächste Frage. – Wir sind fest davon überzeugt, dass wir so etwas wie eine Landesplanung brauchen. Es steht zwar im aktuellen Gesetz, es steht aber nicht darin, wie man so etwas überhaupt ausführen soll.

(Armin Laschet [CDU]: Dann macht das doch!)

Deswegen haben wir das im Referentenentwurf sehr ausführlich beschrieben. Wir sagen: Es sollen hier Eckpunkte...

(Unruhe)

– Wollen Sie das jetzt hören oder nicht?

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Ministerin beantwortet gerade eine Frage. Es gibt noch weitere Fragen an die Ministerin. – Frau Ministerin, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Wir wollen die Eckpunkte eines Landeshochschulentwicklungsplans mit dem Parlament vereinbaren. Dann wollen wir in einem Gegenstromprinzip mit den jeweiligen Hochschulen Verträge schließen über die Leistungen, die die Hochschulen erbringen sollen, sowie über das Profil, das jede einzelne Hochschule einbringen soll. Das ist ein Verfahren, das funktionieren wird, das man voranbringen kann und das dazu führt, dass sowohl das Landesinteresse gewahrt bleibt als auch das Profil jeder einzelnen Hochschule entwickelt werden kann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Danke schön. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe noch zwei weitere Wortmeldungen, zunächst eine von der Frau Kollegin Freimuth. – Bitte schön.

**Angela Freimuth (FDP):** Vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie die Zwischen- oder Nachfragen zulassen. Das liegt sicherlich auch daran, dass hier vorhin Detailschärfe erbeten wurde.

Ich will jetzt gar nicht der Versuchung erliegen, das Gegenstromprinzip näher erläutert zu bekommen oder mein Verständnis von Landesplanung, dass man das gemeinsam mit den Hochschulen und dem Parlament partnerschaftlich entwickelt, zu erörtern.

Ich möchte gerne von Ihnen ganz konkret anhand des von Ihnen gerade nochmals angeführten Beispiels der fehlenden Berufsschullehrer hören, was Sie gemeinsam mit den Hochschulen erarbeiten wollen bzw. was Sie den Hochschulen oder Studierenden vorgeben wollen, damit der Berufsschullehrerstudiengang tatsächlich ergriffen wird. Die Plätze sind da, aber die Studierenden wollen das Fach nicht studieren. Was ganz konkret wollen Sie da machen?

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Bitte schön, Frau Ministerin.

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Frau Freimuth, das habe ich eben in aller Deutlichkeit erläutert.

(Widerspruch von der CDU und der FDP)

– Ich glaube nicht, dass es dem Parlament angemessen ist, das noch mal zu tun. – Ich will Ihnen aber gerne die weiteren Unterschiede darstellen, die es da zwischen CDU/FDP und SPD/Grünen gibt. Wir kümmern uns um das Thema „Transparenz“.

(Unruhe)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um entsprechende Aufmerksamkeit, damit die Ministerin ihre Ausführungen machen kann.

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Wir kümmern uns um das Thema „Transparenz“, weil wir fest davon überzeugt sind, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ein Anrecht darauf haben, zu erfahren, was mit diesem großen Teil des Haushaltes – es sind mehr als 12 % dessen, worüber das Parlament hier beschließt – passiert. Da sind wir Anwalt der Steuerzahler. Das ist auch die Aufgabe einer Landesregierung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Ministerin, es liegt eine Frage des Herrn Abgeordneten Höne von der FDP-Fraktion vor.

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Nein. Ich würde jetzt gerne mal einige Sätze am Stück zu den Unterschieden sagen.

Es geht uns um das Thema „gute Arbeit“ – übrigens auch an den Hochschulen –, denn wir befinden uns da inzwischen in einem internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe.

Wir müssen uns darum kümmern, dass wir für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und für die Beschäftigten an den Hochschulen wirklich gute Arbeitsbedingungen bereitstellen; denn wir brauchen diese klugen Köpfe, die sich an den Hochschulen befinden.

(Armin Laschet [CDU]: Gegenstromprinzip!)

Das sind wichtige Themen.

Es geht uns um das Thema „Mitbestimmung und hochschulinterne Demokratie“. Natürlich müssen die Hochschulen da Vorbild sein. Sie müssen die

Schulen der Demokratie sein, denn dort können neue Dinge entwickelt werden.

Ich möchte gerne auf zwei Punkte noch etwas genauer eingehen.

Erstens: die Evaluation. Wir haben jetzt zweieinhalb Jahre mit allen Beteiligten in den Hochschulen intensive Diskussionen geführt. Es gab eine ganze Reihe von Workshops, es gab Tagungen, es gab große und kleinere Diskussionsrunden. Ich bin fest davon überzeugt, dass noch bei keinem Hochschulgesetz so intensiv in die Evaluation der täglichen Praxis an den Hochschulen eingestiegen wurde.

(Armin Laschet [CDU]: Die fühlen sich alle auf den Arm genommen! Wo ist er denn, der Bericht?)

Ich bin fest davon überzeugt, dass noch nie so sorgfältig evaluiert worden ist, wie wir es getan haben. Das hat viel Zeit gekostet, ja.

(Armin Laschet [CDU]: Wo ist der Bericht?)

Aber ich bin fest davon überzeugt, dass das gut investierte Zeit war.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Ministerin, es gibt eine Frage des Kollegen Dr. Berger von der CDU-Fraktion. Würden Sie die zulassen?

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Ja, gerne.

**Dr. Stefan Berger** (CDU): Vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie die Frage zulassen.

Die Evaluation ist im bestehenden Hochschulfreiheitsgesetz vorgesehen. Sie hätte bis 2012 erfolgen müssen. Sie haben gerade gesagt, Sie hätten das bestehende Gesetz evaluiert. Unseres Erachtens ist das nicht der Fall. Es liegt dem Landtag keine Evaluierung des Hochschulfreiheitsgesetzes vor. Sehen Sie das genauso? Wann kommt die Evaluierung? Außer Gesprächen ist bisher nichts passiert. Sind Sie der Auffassung, dass das Hochschulfreiheitsgesetz evaluiert worden ist?

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Bitte schön, Frau Ministerin.

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Berger, ich weiß, dass wir da einfach Unterschiede in der politischen Methodik haben.

(Lachen und Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir reden mit den Betroffenen.

(Armin Laschet [CDU]: Ihr redet nicht mit den Betroffenen!)

– Wir reden mit den Betroffenen, wir machen sie zu Beteiligten.

(Lebhafter Widerspruch von der CDU und der FDP)

Wir organisieren diesen Dialog.

(Armin Laschet [CDU]: Hier ist das Parlament!)

Dass das in schwarz-gelben Zeiten anders war, das haben wir registriert. Aber dafür haben Sie ja auch die entsprechenden Abrechnungen bekommen.

Ich möchte noch auf einen zweiten Punkt eingehen. Und das sind die Drittmittel.

(Armin Laschet [CDU]: Wir reden mit den Leuten!)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte sehr herzlich, dass auch bei einem Thema, das zu großen Auseinandersetzungen führt, zugehört wird, damit die Ministerin ihre Ausführungen machen kann.

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Danke. – Ich möchte gerne noch auf einen zweiten, eines Erachtens sehr wichtigen Punkt eingehen. Das ist die Diskussion um die Drittmittel. In diesem Zusammenhang sind wirklich falsche Dinge öffentlich verbreitet worden; es ist nicht in das Gesetz hineingeguckt worden. Da bitte ich um eine Differenzierung, weil das wichtig ist für das Industrieland Nordrhein-Westfalen.

80 % der Drittmittel sind öffentliches Geld. Das ist Geld, das von der EU kommt, vom Bund kommt, das über Projekte in die Hochschulen hineingeht. 20 % kommen von anderen. Das macht insgesamt 2 % des gesamten Budgets der Hochschulen aus.

Der Referentenentwurf besagt nun, dass die Hochschulleitungen in geeigneter Weise öffentlich machen sollen, welche Drittmittel sie erhalten.

(Armin Laschet [CDU]: Das machen sie doch schon!)

Am Ende des Tages können auch nur die Hochschulen entscheiden, was die geeignete Weise ist. Es gibt Hochschulen, die haben Projekte im geisteswissenschaftlichen Bereich, und zwar mit einer Laufzeit von 15 oder 20 Jahren. Da macht es großen Sinn, ...

(Zurufe von Armin Laschet [CDU] – Jochen Ott [SPD]: Wo ist das Problem?)

– Ach, Herr Laschet, Sie müssen es auch mal aushalten, dass Ihnen das erläutert wird. Hochschulpo-

litik ist ein spannendes Feld. Ich freue mich ja, dass Sie sich da so intensiv hineinbegeben.

(Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Also: Die Hochschulleitungen entscheiden, in welcher Art und Weise sie das öffentlich machen. Ich habe großes Vertrauen, dass die Hochschulleitungen das auch können. Ich weiß auch nicht, woher dieses Misstrauen stammt, dass Hochschulleitungen das nicht könnten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, dass es gerade für ein Industrieland wie Nordrhein-Westfalen wichtig ist, zu einem gemeinsamen Standard unter den Hochschulen zu kommen. Die RWTH Aachen und die Universität Münster zum Beispiel machen das heute schon ganz fantastisch. Solche Beispiele zu verbreiten, über solche Dinge auch öffentlich zu reden, das ist gut.

Das ist im Moment die Diskussion in der Wissenschaft. Wir reden an allen Stellen darüber, wie wir mehr Transparenz in das Wissenschaftssystem hineinbekommen können, wie wir das, was es dort an Forschungsergebnissen gibt, stärker verbreiten können, wie wir mehr Vernetzung und Austausch des Wissens unter den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern organisieren können.

Ich möchte Sie noch mal bitten, an diesem Punkt wirklich sehr sachlich und vorsichtig in die Debatte zu gehen, weil das, was da gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen an Verunsicherung entstanden ist, nicht im Sinne dieses Landes ist. Das ist nicht gut.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Wir wünschen uns den Kontakt zwischen der Wissenschaft und der Praxis. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wollen auch mit Praktikerinnen und Praktikern zusammenarbeiten. Das ist etwas Wichtiges, was wir auch unterstützen möchten.

Meine Damen und Herren, diese Debatte wird sehr emotional geführt. Gesetze geben aber in den seltensten Fällen Antworten auf Emotionen, auf Gefühle. Bei Gesetzen geht es darum, etwas zu regeln.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Sie geben keine Antwort auf die hier gestellten Fragen!)

Dieses Gesetz regelt die Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Hochschulen, die Art und Weise, wie in den Hochschulen auf die Herausforderungen der Zukunft eingegangen wird.

Und wir haben da als Gesellschaft riesige Herausforderungen. Wir haben die demografischen Veränderungen, wir haben den Klimawandel. Wir müssen uns um die Zukunft der Mobilität kümmern. Dafür

brauchen wir Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die auch zusammenarbeiten können.

Heute kann kein einzelner Forschungsbereich mehr Antworten auf diese großen Fragen geben. Da geht es nicht mehr nur um Wettbewerb und um das Geseininander. Wir müssen jetzt auch das Miteinander organisieren, das Über-die-Disziplinen-hinweg-Arbeiten, weil wir nur so Antworten auf diese Fragen bekommen werden.

(Armin Laschet [CDU]: Das machen die doch alles!)

Und wir haben als Land die Verantwortung, uns darum zu kümmern, dass wir ausreichend Fachkräfte hier in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das sind große Herausforderungen, für die wir mit dem Hochschulzukunftsgesetz den richtigen Rahmen setzen und über die wir in aller Ruhe, sobald das Gesetz hier ins Parlament eingebracht ist, miteinander diskutieren werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Ministerin Schulze. – Für die SPD-Fraktion spricht der Herr Kollege Bell.

**Dietmar Bell (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine sehr emotionale Atmosphäre, in der diese Debatte stattfindet. Mein Kollege Schultheis hat zu dem Begriff, den Herr Laschet eingeführt hat, „Krieg gegen die Hochschulen“, Stellung genommen. Ich will aber sehr deutlich sagen, dass ich den Zwischenruf, dass unser Kollege Schultheis wie Janukowitsch wäre, scharf missbillige und zurückweise und eine Entschuldigung des Zwischenrufers erwarte.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Wenn das den Ton der Debatte in diesem Hohen Hause über Hochschulpolitik ausmacht, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann müssen diejenigen, die diesen Ton anstimmen, nicht glauben, dass sie Fürsprecher der Hochschulen sind. Sie sind nichts anderes als billige Claqueure, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Herr Laschet, ich habe Ihren Beitrag so verstanden, dass das zentrale Argument, das Sie eingebracht haben – Sie sagten, dass es in dem Referentenentwurf des Ministeriums mehr staatliche Bevormundung als im alten Gesetz gebe –, Ihnen in einem Gespräch mit den Rektoren zugetragen worden sei. Ich habe Sie so verstanden, dass in einer Suchmaschine das Wort „Ministerium“ eingeben

worden sei und die Mehrzahl der Begrifflichkeit den Beweis dafür liefern würde, dass mehr staatliche Bevormundung an Hochschulen geplant sei. Lieber Herr Laschet, wenn das die Qualität der Beiträge der Rektoren ist, die Sie hier aufnehmen, dann wundert es mich nicht, dass hier außer lautem Gebrüll nichts Sachliches zustande kommt.

(Beifall von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich die Redebeiträge von CDU und FDP, liebe Frau Freimuth, zur Kenntnis nehme – und Herr Dr. Berger wird gleich in bekannter Tonalität sprechen; ich kann heute leider nicht nach ihm sprechen –, stelle ich fest, dass es wirklich erstaunlich ist, wie viel Seinsgewissheit dort vorherrscht. Wenn wir über die Hochschullandschaft und das Gesetz der schwarz-gelben Regierung sprechen, hat man wirklich den Eindruck, dass wir am Ende einer historischen Entwicklung stehen, an der es keine Verbesserung in den Hochschulgesetzen dieses Landes mehr geben kann. Liebe Frau Freimuth, das erinnert mich viel mehr an Sozialismus als alles andere,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

an ein selbstreferentielles System, das Entwicklung aus sich heraus steuert und Dialoge über Ausrichtung und Veränderungsnotwendigkeiten aus der Sicht der Autonomie führt, ...

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege Bell, lassen Sie ...

**Dietmar Bell** (SPD): Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

... offensichtlich aber die Frage des politischen Diskurses und die Frage danach, ob es Änderungsnotwendigkeiten an diesem Gesetz gibt, als Zumutung betrachtet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich zitiere Herrn Prof. Schneidewind, den ehemaligen Rektor der Universität Oldenburg und jetzigen Präsidenten des Wuppertal Instituts aus der Publikation mit Frau Brodowski zur transformativen Wissenschaft. Er sagt:

Die Autonomie der Hochschulen war ein zentraler Effizienzmotor für deren Weiterentwicklung. Jetzt droht sie in eine Arroganz der Unabhängigkeit umzuschlagen, und dies kann zu Effekten führen, die die erreichte Entwicklung umkehren, nämlich den Rückfall in alte, direkte Steuerungsmuster.

Deshalb fordert er – das fordert nicht allein die SPD –, dass die Hochschulen zukünftig mehr gesellschaftlich relevante Beiträge zu leisten und diese auch nach außen zu verdeutlichen haben und dass neue intelligente politische Steuerungsmuster zu entwickeln seien, die die Vorzüge der gewonnenen

Hochschulautonomie erhalten, aber der Politik mehr Möglichkeiten einer gesellschaftlich gewollten Steuerung einräumen.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht pfui, sondern das ist von uns politisch gewollt, und das ist Wissenschaftspolitik, wie wir sie verstehen.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Prof. Sternberg zulassen?

**Dietmar Bell** (SPD): Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Wer sich die Stellungnahmen so zu eigen macht, wie Sie das tun, liebe Frau Freimuth, der macht sich natürlich auch die Stellungnahmen ein Stück weit zu eigen. Schließlich haben Sie in Ihrer Drucksache den Sprecher der nordrhein-westfälischen Studentenwerke, Günther Remmel, zitiert, der das Gesetz als unnötig, kontrollversessen und letztlich falsch bezeichnet. Er sagt des Weiteren, der Gesetzentwurf sei ein einziger Affront, den Studentenwerken werde kollektiv das Misstrauen ausgesprochen, und keine einzige der geplanten Änderungen mache Sinn.

Ich will an einem Beispiel deutlich machen, dass man in der Hinsicht durchaus vorsichtig sein sollte.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: So ist es ja auch! Wo kommen die denn her, die Stellungnahmen?)

– Das ist die offizielle Stellungnahme des Geschäftsführers des Hochschulsozialwerks. Das hätten Sie lesen können, Herr Dr. Berger.

Zur Frage der Frauenquote – ich zitiere –:

„Im Übrigen ist auch inhaltlich nicht einzusehen, warum einer wenig geeignet erscheinenden weiblichen Kandidatin der Vorzug gegeben werden soll vor einem besser geeigneten männlichen Kandidaten.“

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Das sagt zur Frage der Besetzung der Beteiligungsgremien eine Geschäftsführerrunde, deren Belegschaft zu 80 % aus Frauen besteht und 55 % Studierende an den Universitäten hat.

Meine Kollegin Hammelrath hat das in der inhaltlichen Diskussionsrunde in unserem Arbeitskreis mit dem Kommentar versehen: In welchen Höhlen haben diese Männer denn in den letzten 30 Jahren gesessen?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)



Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie selbst müssen wissen, was Sie hier tun. Deswegen sage ich es noch einmal: Wir wollen mit diesem Gesetz eine Demokratisierung der Hochschulen erreichen, gute Arbeit leisten, Frauenförderung an den Hochschulen realisieren, die Weichen für ein erfolgreiches Studium stellen und mehr Transparenz schaffen.

In diesem Sinne werden wir den Gesetzentwurf weiterentwickeln. Ich lade Sie zum Dialog ein. Aber wenn Sie einen Dialog wollen, nehmen Sie ihn ernsthaft auf. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Kollege Bell. – Für die CDU-Fraktion steht Herr Kollege Berger bereit. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Stefan Berger (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir erleben im Moment ein tiefes Zerwürfnis zwischen der Wissenschaftslandschaft auf der einen Seite und der Ministerin auf der anderen Seite.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Seit dem Bestehen dieses Landes gab es keine Wissenschaftsministerin, die von ihren eigenen Hochschulen so wenig ernst genommen wird wie Sie, Frau Schulze.

(Beifall von der CDU – Zurufe: Pfui!)

Der Grund dafür liegt darin, dass Sie einen Entwurf vorgelegt haben, für den Sie überhaupt keine Grundlage haben. Sie hätten eine Grundlage, wenn Sie das bestehende Gesetz evaluieren würden. Dann wüssten Sie, wo es Verbesserungsbedarf gibt, und dann könnten Sie reagieren. Aber Sie haben zwei Jahre lang mit irgendwelchen Menschen gesprochen und im Ministerium einen Schönheitswettbewerb über sich ergehen lassen müssen, damit das Ministerium endlich wieder die Macht zurückerhält, die Sie so sehnlich vermissen.

Jetzt haben Sie einen Referentenentwurf vorgestellt, der von der Wissenschaftslandschaft komplett abgelehnt wird. Das können Sie nicht ignorieren, und wie Sie sich hier hingestellt haben, Frau Ministerin, war das ein dreister Versuch, das zu vernebeln, was hier in Nordrhein-Westfalen stattfindet.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir reden über Drittmittel. Sie führen einen neuen Paragraphen ein. Auch bisher müssen Drittmittel veröffentlicht werden; das steht schon im Hochschulfreiheitsgesetz. Jetzt führen Sie aber, wie gesagt, einen neuen Paragraphen ein. Wenn Sie es nicht wollen, dass weiter daran gedreht wird, warum führen Sie den Paragraphen ein? Sie führen ihn vor allem

deswegen ein, weil Sie nicht wissen, auf welcher Grundlage es fußt.

(Armin Laschet [CDU]: Gegenstromprinzip!)

Daher kommt das.

Sie sagen, Sie wollen das Landesinteresse verfolgen. Na klar! Dazu gibt es Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Dafür brauchen Sie aber keinen Plan, den Sie sich selbst ausdenken und dem andere nicht folgen wollen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Den die Hochschulen nicht unterschrieben haben!)

Letzter Punkt: Die Rahmenbedingungen – und hier appelliere ich an alle Abgeordneten von Rot und Grün – geben dem Ministerium so viel Macht in die Hand, dass der Landtag über nichts mehr zu entscheiden hat. Es ist ein undemokratisches Instrument, und deswegen bitte ich alle Parlamentarier:

(Nadja Lüders [SPD]: Was haben wir denn jetzt zu entscheiden?)

Lehnen Sie das Instrument der Rahmenbedingungen ab. Evaluieren Sie das bestehende Gesetz, und stoppen Sie die Degeneration Nordrhein-Westfalens im Zuge dieses Referentenentwurfs. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Zu früh geschossen ist auch daneben, Herr Berger!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Dr. Berger. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Hafke.

**Marcel Hafke (FDP):** Sehr geehrte Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Eindruck in diesem Parlament täuscht etwas. Hier müssen noch ein, zwei Ihrer Leute Ihr Gesetz verteidigen – mittlerweile wahrscheinlich etwas unter Schmerzen. Aber da draußen im Land, Frau Schulze, sind Sie ganz allein. Niemand außer dem DGB, der in der Begründung des Referentenentwurfs dafür auch lobend erwähnt wird, kann Ihrem Gesetzesvorhaben etwas Gutes abgewinnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Und es ist nicht nur ein stilles Nicht-gut-Finden, sondern es zieht ein Sturm der Entrüstung durch Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Noch niemals waren die Hochschulen so gegen das Land aufgebracht. Das ist das Erste, was Sie mal langsam anerkennen müssen: Egal, wie das Beratungsverfahren hier ausgeht – die Beziehung

(Nadja Lüders [SPD]: Es hat doch noch gar nicht angefangen!)

zwischen dem Land und den Hochschulen ist bereits jetzt massiv beschädigt, und das ist Ihr Verdienst, Frau Ministerin.

Sie sind aber nicht einsichtig. Alle sind gegen Sie. Alle sind in großer Sorge. Aber Ihnen ist das egal. Nein, Sie beschwerten sich sogar noch über die Hochschulen und werfen ihnen vor, eine Kampagne gegen Sie zu führen. Abgesehen davon, dass das vollkommener Quatsch ist, erachte ich das als maßlose Selbstüberschätzung, Frau Ministerin.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Universitäten haben es wohl kaum nötig, sich an Ihnen abzuarbeiten. Sie machen das, weil Sie eine schlechte Regierungspolitik machen. Das ist die Situation, die wir hier in Nordrhein-Westfalen vorfinden.

Es ist nicht nur ein schlecht gemachter Referentenentwurf, Frau Ministerin. Vielmehr steckt wohl eine tiefe Überzeugung dahinter. Mit diesem Rechtsverständnis, mit diesem Verständnis von staatlicher Kontrolle dürften Sie eigentlich keine Verantwortung für die Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen tragen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Ministerin Schulze, ich fordere Sie hier und heute noch einmal im Namen der Studierenden, der Beteiligten an den Hochschulen und der Hochschulleitungen auf, dieses Gesetzesvorhaben nicht auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Damit würden Sie dem Land einen großen Dienst erweisen und die Erfolge, die Sie eben aufgeführt haben, tatsächlich honorieren und anerkennen, dass NRW auf einem guten Weg ist. Dieses Gesetz braucht kein Mensch. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU –  
Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Ihre Anträge  
auch nicht!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Hafke. – Für die Piratenfraktion hat Herr Kollege Bayer das Wort.

**Oliver Bayer** (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Studenten! Liebe Wissenschaftler! Liebe Rektoren! Liebe Mittelvergebenden! Liebe autonomen Hochschulen! Neu in dieser Runde hier ist der Antrag der CDU. Willkommen!

„Hochschulzukunftsgesetz‘ nicht reif für die parlamentarische Beratung“ – ja, das ist richtig, das stimmt. Aber auch Herr Schultheis und Frau Seidl haben recht: Es ist ein Referentenentwurf. Dieser Entwurf ist ein Entwurf. Ein finales Parlamentsdokument liegt mir noch nicht vor – und Ihnen auch

nicht. Allein deshalb ist es auch noch nicht reif für eine parlamentarische Beratung. Allerdings – das muss ich sagen – ist dieser Entwurf auch kein großer Wurf. Es ist nichts, was man nach einem dreijährigen Dialogverfahren erwarten konnte.

(Beifall von den PIRATEN)

Herr Hafke, ja, der Eindruck beim Feedback täuscht. Aber es ist nicht so, wie Sie es wahrnehmen. Wir kritisieren, dass der Meinung der Mitglieder der Hochschulräte übermäßig viel Gewicht beigemessen wird.

(Beifall von den PIRATEN)

Noch sind Studenten an Hochschulen kein lästiges Beiwerk. Hochschulen sind nicht nur die Rektoren, sagte Herr Schultheis gerade. – Richtig!

Und es heißt auch immer noch „Forschung und Lehre“ und nicht „Innovation und Wirtschaftskraft“. Insgesamt finden sich zwar viele gute Details in dem Entwurf, aber Wichtiges wurde vergessen, und vieles kann und muss man besser machen. Wenn der Entwurf so eingebracht würde, müssten wir im Landtag viele Änderungsanträge einbringen oder Alternativen vorlegen. Das ist auch unsere Aufgabe als Legislative, und vor dieser Arbeit scheuen wir uns nicht. Herr Laschet, wir müssen dann nicht den Rücktritt der Ministerin Schulze fordern. Denn wenn sie das Gesetz einbringt, ist es unsere Aufgabe, korrigierend einzuwirken.

Herr Schultheis sagte zur Drittmittelforschung, diese Drittmittel müssten in geeigneter Weise veröffentlicht werden; dabei hat er auf das Informationsfreiheitsgesetz verwiesen. Betriebsgeheimnisse sind kein Grund, mit öffentlichen Geldern finanzierte, den Menschen im Land gehörende Forschungsdaten zurückzuhalten.

(Beifall von den PIRATEN)

Drittmittel helfen bei der Finanzierung. Aber wenn den Menschen im Land nachher nichts bleibt, sind alle Mittel verschwendet.

Frau Seidl zitierte die „Ruhrgas-Universität“. Es ist gut, dass es noch nicht so weit gekommen ist, auch wenn die Universitäten optisch mittlerweile Fußballstadien gleichen.

Frau Freimuth, Ihr DDR-Vergleich hinkt. Denn wir wollen nicht, dass die Wirtschaft alleinige Staatsaufgabe ist und mit „Staatsknete“ bezahlt wird. Aber wir wollen sehr wohl, dass Forschung und Lehre Aufgaben des Landes sind und es auch bleiben.

(Beifall von den PIRATEN)

Labore der Zukunft, haben Sie gesagt. Meine Frage ist: Für wen? – Meine Antwort wäre: für Studenten und die Wissenschaft für alle Menschen und nicht nur für Unternehmen. Wissenschaft muss sogar Fehler machen. Sie muss Fehler machen und darf nicht renditeorientiert oder mit möglichst wenig Risi-

ko arbeiten. Nur so entsteht aus Wissenschaft neue Wissenschaft usw. Das ist mit einem Leistungsbegriff nicht ohne Weiteres vereinbar.

Frau Ministerin Schulze, Wissenschaft muss auch nicht ausschließlich drängende Fragen der Gesellschaft beantworten. Sie ist nämlich frei.

Frau Ministerin Schulze, bitte nehmen Sie auch mit: Im Parlament sollte ein Landeshochschulentwicklungsplan beschlossen werden und nicht in irgendwelchen Hinterzimmern der Ministerien.

(Beifall von den PIRATEN)

Zum Abschluss möchte ich noch sagen: Ja, ich weiß, SPD und Grüne stehen hier zwischen zwei Positionen, zwischen der fortschrittlichen Position der Piraten und einer konservativen Position. Das heißt nicht, dass sie genau richtig in der Mitte liegen. Sie liegen irgendwo, vielleicht besser als CDU und FDP. Ich bin froh, dass wir hier noch korrigierend einwirken können. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wir haben jetzt drei Abstimmungen zu vollziehen.

Erstens stimmen wir ab über die Beschlussempfehlung. Der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung empfiehlt in der Drucksache 16/4670, den Antrag Drucksache 16/2281 abzulehnen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Die SPD-Fraktion und die Grünen-Fraktion sowie die Fraktion der FDP.

(Beifall von der SPD – Christof Rasche  
[FDP]: Wer ist Antragsteller?)

– Das ist ein Piraten-Antrag.

(Unruhe)

Die Zustimmung habe ich richtig gesehen. Ich stelle fest, dass SPD, Grüne und FDP der Ablehnung zustimmen. Wer ist gegen diese Entscheidung? – Die Fraktion der Piraten. Wer enthält sich? – Es enthalten sich die CDU-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Stein.

Wir kommen zu folgendem Ergebnis: Die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/4670** ist mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP **angenommen** und der **Antrag Drucksache 16/2281 abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 16/4842. Der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung empfiehlt in Drucksache 16/4842, den Antrag Drucksache 16/4584 abzulehnen. Wer stimmt dieser Ablehnung zu? – SPD und Grüne sowie die Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – CDU

und FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Stein. Gibt es Enthaltungen? – Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist dies **Beschlussempfehlung Drucksache 16/4842** mit den Stimmen der Piraten, der SPD und der Grünen **angenommen** und der **Antrag Drucksache 16/4584 abgelehnt**.

Drittens stimmen wir ab über den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/4825. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen damit also zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/4825. Wer stimmt diesem Antrag zu? – CDU und FDP und der fraktionslose Kollege Stein. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Die SPD, die Grünen-Fraktion und die Fraktion der Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/4825** mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten **abgelehnt**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

### 3 Breites Bündnis gegen Analphabetismus in Nordrhein-Westfalen

Antrag  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der Fraktion der FDP und  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/4817

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Stotz das Wort.

**Marlies Stotz** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nach der gerade doch sehr strittigen und heftigen Debatte zur Zukunft unserer Hochschulen

(Unruhe – Glocke)

kommen wir nun zu einem wichtigen bildungspolitischen Thema, das von großer Gemeinsamkeit geprägt ist. Der Präsident hat es gerade schon angedeutet. Der Wunsch meiner Fraktion, mit unserem Antrag mit dem Titel „Breites Bündnis gegen Analphabetismus“ nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch hier im Hause ein breites Bündnis für dieses gesellschaftspolitisch immens wichtige Thema zu initiieren, hat sich damit erfüllt.

Schon in der ersten Plenarrunde zu diesem Thema im vergangenen Jahr zeichnete sich ab, dass zwischen den regierungstragenden Fraktionen und der Opposition hier im Haus ein deutlich erkennbares Maß an Übereinstimmung herrschte. Das hat mich damals bereits gefreut. Umso mehr freue ich mich heute, dass wir inzwischen von einem All-Fraktionen-Antrag sprechen können. Meine Fraktion begrüßt die Ergänzungen, die in der Zwischenzeit in den Antrag eingearbeitet worden sind, ausdrücklich.